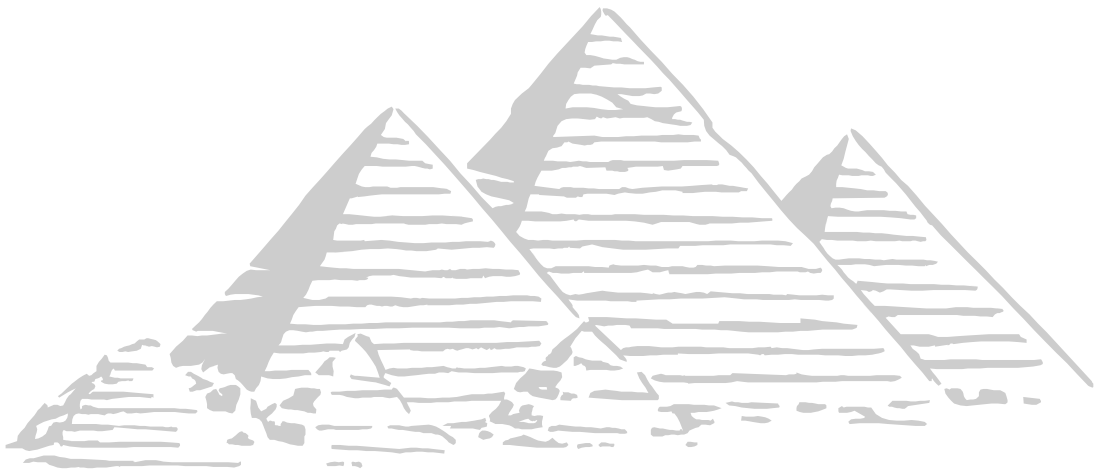


Konrad-Adenauer-Stiftung  
Länderbüro Kairo

**KAIRO - NEWS**

**Februar 2006**



**Die neue ägyptische Regierung im Zeichen von Kontinuität und Wandel**  
Michael A. Lange / Julia Hertle

**Der überraschende Wahlerfolg der ägyptischen Muslimbrüder**  
Michael Lange / Maria Röder

**Enttäuschende Wahlergebnisse von Frauen und Kopten in den Parlamentswahlen**  
Michael Lange / Anna Gajda

**Ägyptische Reaktionen auf den Wahlsieg der Hamas**  
Michael A. Lange / Carolin Burghardt

**Gründung des Arabischen Parlaments vollzogen**  
Michael A. Lange / Carolin Burghardt

Konrad-Adenauer-Stiftung  
Länderbüro Kairo  
35, Abu El Feda Street  
Zamalek, Kairo

Tel. 0020-2-735 43 29  
Fax: 0020-2-737 21 21  
kaf@internetegypt.com  
<http://www.kas.de>

## Die neue ägyptische Regierung im Zeichen von Kontinuität und Wandel

Der in den letzten Tagen des vergangenen Jahres neu zusammengestellten ägyptischen Regierung unter der nochmaligen Führung des bisherigen Premierminister, Ahmed Nazif gingen ungewöhnlich lange Beratungen zwischen dem Ministerpräsidenten (-kandidaten) und dem Präsidialamt voraus, was darauf schließen lässt, dass sich der ägyptische Präsident auch dieses Mal wieder intensiv in die Kabinettsbildung eingeschaltet hat. Auch wenn die meisten der sonst dem Prärogativ des Präsidenten vorbehaltenen Ministerämter unverändert blieben, wurden doch immerhin insgesamt 12 (ehemalige) Minister ihres Amtes enthoben und acht neue Minister berufen. Dabei zeichnet sich diese zwölfte Kabinett in den bisher 24 Amtsjahren des ägyptischen Präsidenten neben der erfolgten Abberufung einiger langjähriger „Mitstreiter“ des Präsidenten vor allem durch die Nominierung weiterer „Technokraten“ aus dem Bereich der ägyptischen Privatwirtschaft aus. Mit der Nominierung von vier neuen Ministern, die alle der ägyptischen Privatwirtschaft entstammen, will der Präsident offensichtlich die wirtschaftlichen Probleme des Landes noch entschiedener angehen, als bisher. Als wichtigste Neuzugänge im Kabinett gelten:

- Mohamed Mansour, ein Industriemagnat aus dem Automobilssektor und frühere Präsident der Ägyptisch-Amerikanischen Handelskammer, für das Verkehrsministerium,
- Amin Abaza, ein Großindustrieller aus der Baumwollindustrie für das Landwirtschaftsministerium, sowie
- Zuheir Garana, ein Touristikunternehmer für das Tourismusministerium und
- Dr. Hatem el-Gabali für das Gesundheitsministerium.

Diese Nominierungen gelten als untrügliches Zeichen dafür, dass der ägyptische Präsident eine wirtschaftsnahe Regierung beizubehalten gedenkt.

Der neue Landwirtschaftsminister Amin Abaza bringt beträchtliche unternehmerische Kenntnisse und Erfahrungen aus der ägyptische Textilbranche mit und weiß um die Bedeutung der Baumwollindustrie für die wirtschaftliche Entwicklung in Ägypten, da sie allein etwa 30 % der ägyptischen Industriearbeiter beschäftigt. Im Landwirtschaftsbereich liegen viele Herausforderungen für die neue Regierung. Sowohl die Agrarproduktion (Weizen) als auch der Export von (verarbeiteten) Agrarprodukten muss unbedingt gesteigert werden, um den aktuellen Umfang der Beschäftigung in diesem Wirtschaftsbereich nicht nur zu sichern sondern in Zukunft vielleicht sogar noch zu steigern. Ein erster Erfolgversprechender Schritt dahin wäre die Verbesserung von Anbaumethoden sowie eine geringere Verwendung von Pestiziden, da nur auf diese Weise europäische und andere internationale Umwelt- bzw. Verbrauchsrichtlinien erfüllt würden. Ebenso soll die Privatisierung von Staatsbetrieben im Textilsektor weiter massiv vorangetrieben werden. Aber diese Politik erstreckt sich nicht nur auf so sensible Bereiche wie die ägyptische Textilindustrie sondern auch auf andere wirtschaftliche Sektoren wie etwa den deutlich „überbesetzten“ Bankensektor.

Der neu ernannte Verkehrsminister, Mohamed Mansour, verfügt durch seine langjährige unternehmerischen Kontakte zum amerikanischen Autohersteller General Motors dagegen über gute internationale Wirtschaftskontakte, darunter nicht zuletzt auch zu ranghohen Beamten der Bush Administration. Von ihm erwartet sich der Präsident, dass er nicht nur die anstehenden Ägyptisch-Amerikanischen Verkehrsverhandlungen sondern vor allem die Verhandlungen zur bilateralen Handelsliberalisierung gemeinsam mit dem in seinem Amt bestätigten Industrie- und Handelsminister bald zu einem Erfolg führen wird.

Unerwartet bildete der Präsident auch sein „Bildungskabinett“ umfassend um und berief mit dem neuen Unterrichtsminister Hani Helal und dem Forschungsminister Abdel Haj Ebeid zwei neue Verantwortliche obwohl der jetzt abgelöste Hochschulminister gerade erst im vergangenen Sommer 2004 neu berufen worden war. Dies spricht dafür, dass sich der Präsident die wachsende Unzufriedenheit weiter Teile der Bevölkerung mit dem Zustand des ägyptischen Bildungswesens zu Herzen genommen und diese Verantwortung in neue Hände gelegt hat. Überrascht hat viele auch der Wechsel im Gesundheitsbereich, wo der langjährige Gesundheitsminister Mohamed Awad Tageddin ebenfalls einem nicht unbekanntem, bisherigen Leiter einer Kairoer Privatklinik Hatem El Ghebaly Platz machen musste.

Aus der bisherigen Regierung wurden 23 Minister in ihrem Amt bestätigt, darunter neben dem „gesetzten“, da nur vom Präsidenten berufenen, Verteidigungsminister Mohamed Hussein Tantawi eben auch Habib el-Adly als Innenminister und Ahmed Aboul Gheit für das Außenamt. Vor allem die Bestätigung des in weiten Kreisen der Bevölkerung nicht geliebten Innenministers el-Adly gilt als besonderer Vertrauensbeweis des Präsidenten, der seinem „Mann für's Grobe“ trotz der Vorkommnisse während der letzten Phase der Parlamentswahlen und später gegenüber den sudanesischen Flüchtlingen ein weiteres Mal den Rücken gestärkt hat. Der bisherige Minister für Tourismus wurde ebenfalls wieder ins Kabinett berufen ist in Zukunft aber für das wichtige Wohnungsbauministerium verantwortlich. Einen weiteren Bedeutungszuwachs konnte neben dem bisherigen Minister für Industrie und Außenhandel, Rachid Mohamed Rachid, dem jetzt zusätzlich noch die Verantwortung des bisherigen Arbeitsbereichs des Binnenhandelsministeriums von Hassan Khedr übertragen worden ist auch der bisherige Finanzminister Youssef Boutros Ghali verbuchen, dem die Verantwortung für das Versicherungswesen vom bisher zuständigen Sozialministerium (Amina El-Guindy) übertragen worden ist. Mahmoud Mohieddin blieb als junger Minister für Investitionen ebenfalls im Amt. Die im Amt bestätigten bisherigen Mitglieder des Wirtschaftskabinetts hatten in den letzten Monaten eine spürbar erfolgreiche Politik betrieben und damit die in sie gesetzten Erwartungen des Präsidenten voll erfüllt.

Das bisherige Jugendministerium wurde dagegen vollständig aufgelöst und durch zwei voneinander unabhängige „Nationale Komitees“ für Jugend und Sport, ähnlich den schon existierenden für Frauen und Menschenrechte ersetzt. In diesem Verantwortungsbereich hatte es nach dem unglücklichen Abgang des Ali Eddin Helal, der der öffentlichen Unzufriedenheit mit der Bewerbung Ägyptens um die nächste Fussballweltmeisterschaft zum Opfer gefallen war, mit dem späteren Informationsminister El Fekki und dem vormaligen Tourismusminister Beltagui keine dauerhaften Amtsinhaber gegeben.

Insgesamt wurde die Regierung auf 30 Ministerien verkleinert, um effektiver agieren zu können. Einige Ministerien wurden zusammengelegt, andere dagegen aufgehoben. Das neue Ministerium für soziale Sicherheit wurde dem bisherigen Leiter der nationalen Postbehörde, Ali Moselhy anvertraut und das ebenfalls neu geschaffene Ministerium für den Arbeitsmarkt wurde sogar einer Frau, der langjährigen NDP-Veteranin und Gewerkschaftlerin, Aisha Abdel-Hadi Abdel-Ghani übertragen. Dabei fiel auf, dass mit ihr erstmals eine Frau, die üblicherweise den islamischen Schleier trägt, ins Kabinett aufgenommen worden ist, was viele als ein Zugeständnis an die Stimmung der Wähler zugunsten einer stärkeren islamischen Ausrichtung der Politik interpretierten.

Zu den jetzt in den Ruhestand versetzten „grauen Eminenzen“ der Ära Mubarak gehören sicherlich neben dem langjährigen bisherigen Wohnungsbauminister Ibrahim Suleiman vor allem die Parteigröße Kamal El-Shazli, von dem viele behaupten, er wäre über lange Jahre der eigentliche Parteichef der NDP gewesen. Ibrahim Suleiman, ehemals Minister für Wohnungsbau, galt als kontroverse Figur. Er wurde von der Opposition immer wieder der

Korruption bezichtigt und ist wohl vor allem deshalb nicht mehr in das neue Kabinett berufen worden. Bezeichnend für den neuen Kurs der Regierung ist die Abberufung von Kamal el-Shazily, der immerhin über zwei Jahrzehnte Minister für parlamentarische Angelegenheiten gewesen war. Er wird von vielen Reformern in der Regierungspartei als dasjenige Mitglied der alten Garde der Partei angesehen, das die Reformbemühungen des Präsidentensohnes Gamal immer wieder versucht habe zu konterkarieren. Er wurde deshalb schließlich für diese Reformblockaden und damit auch für das bescheidene Wahlergebnis der Regierungspartei verantwortlich gemacht. Ohne seine Fürsprache gab es lange Jahre keinen Aufstieg in der Partei des Präsidenten, aber er galt auch als der „Mann für’s Grobe“ wenn es innerhalb der Partei zu Problemen kam. Ihm wird wohl vor allem vorgeworfen nicht dafür gesorgt zu haben, dass die „richtigen“ NDP-Vertreter zu Parlamentskandidaten gekürt worden sind und deshalb das Wahlergebnis so enttäuschend ausgefallen war. Andere bezweifelt allerdings diese Version und glauben vielmehr, dass er es war, der in Zusammenarbeit mit dem Innenminister in der letzten Phase der Parlamentswahlen mit den ihm so vertrauten Instrumenten und Maßnahmen dafür gesorgt hat, dass die Regierungspartei schließlich doch noch ihre eigentliches Wahlziel, die Erlangung einer parlamentarischen 2/3-Mehrheit erreichte und damit ihr Gesicht wahren ließ. Diese Beobachter glauben eher, dass es seine erfolgreiche Intervention und die damit zusammenhängenden Partei-internen Auseinandersetzungen mit der „Junge Garde“ um Gamal Mubarak waren, die sein politisches Schicksal im Sinne von „Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, er kann gehen.“, jetzt besiegelten.

### **Ein neues Regierungsprogramm ?**

Aus dem Präsidialamt verlautete nach dem ersten Zusammentreffen des Kabinetts, dass der wieder gewählte Präsident Hosni Mubarak seine neue Regierung ein weiteres Mal dazu aufgerufen habe, vor allem die hohe Arbeitslosenrate in der Jugend und dabei vor allem unter den jungen Akademikern des Landes zu bekämpfen. Schätzungen zu Folge sind momentan über 3 Mio. junge Universitätsabsolventen arbeitslos und jedes Jahr kommen bei einem aktuellen Bevölkerungswachstum von fast 2% rund 700.000 Schulabgänger hinzu von denen in den letzten Jahren jedoch nur etwa 250.000 jährlich eine Arbeitsstelle (oft im informellen Bereich) gefunden haben. Ägypten braucht zudem mehr Investitionen in die Privatwirtschaft und mehr Außenhandel um Wachstum und wirtschaftliche Entwicklung vorantreiben und somit neue Arbeitsplätze schaffen zu können.

Präsident Mubarak rief vor allem seine neuen Minister dazu auf, sein sechs Punkte umfassendes Wahlprogramm mit aller Kraft umzusetzen. Mit diesen Reformprogrammen soll den wichtigsten Sorgen des ägyptischen Volkes besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Der Präsident kündigte an, dass die Höhe staatliche Subventionen entgegen anders lautender Meldungen in der Presse, unverändert bleiben werde und das sämtliche Gesundheits-, Ausbildungs-, und Transportleistungen verbessert werden sollen. Nur ein koordiniertes Vorgehen aller Minister, so unterstrich der Präsident während des ersten Treffens der Regierung, wird eine erfolgreiche und reibungslose Umsetzung des umfangreichen Regierungsprogramms möglich machen. Die Fortführung der Privatisierung und die generelle Umgestaltung der staatlich gelenkten Wirtschaft sollen Wachstum und wirtschaftliche Entwicklung vorantreiben und auf diese Weise mehr Arbeitsplätze schaffen. Die ägyptische Bevölkerung soll, so Präsident Hosni Mubarak, Verbesserungen in ihrem täglichen Leben spüren. Die Realisierung dieser Zielsetzungen erscheint dringend notwendig angesichts der vielfältigen ökonomischen Probleme, einer immer unzufriedener werdenden Bevölkerung und einem wachsenden externen Druck in Richtung politischer Demokratisierung und wirtschaftlicher Liberalisierung, dem sich die ägyptische Staatsführung ausgesetzt sieht.

## Ägyptische Regierung 2006

Ministerpräsident	Ahmed Nazif
Landwirtschaft (stellv. Ministerpräsident):	<b>Amin Abaza</b>
Verteidigung:	Mohamed Hussein Tantawi
Auswärtige Angelegenheiten:	Ahmed Abul Gheit
Intern. Zusammenarbeit:	Fayza Abu El Nagaa
Unterricht:	<b>Abdel-Hay Ebeid</b>
Justiz:	Mahmoud Abul Leil
Inneres:	Habib el-Adli
Höhere Bildung und Forschung:	<b>Hany Helal</b>
Information:	Anas El Feky
Religiöse Stiftungen:	Mahmoud Hamdi Zaqzouq
Kultur:	Farouk Hosni
Finanzen:	Youssef Boutros-Ghali
Investitionen:	Mahmoud Mohey El-Din
Planung:	Othman Mohamed Othman
Tourismus:	<b>Zoheir Garrana</b>
Erdöl und Mineralien:	Sameh Fahmi
Verkehr:	<b>Mohamed Mansour</b>
Zivilluftfahrt:	Gen. Ahmad Shafiq
Elektrizität und Energie:	Hassan Ahmed Younes
Wasserwirtschaft:	Mahmoud Abdel Halim Abu Zeid
Kommunikation und I-Technologie:	Tarek Kamel
Industrie und Handel:	Rashid Mohamed Rashid
Gesundheit:	<b>Hatem el-Gabaly</b>
Umwelt:	Maged George
Wohnungsbau:	<b>Ahmed al-Maghraby</b>
Minister für Soziale Solidarität:	<b>Ali Moselhy</b>
Minister für Arbeitskräfte:	<b>Aisha Abdel-Hady</b>
Minister für rechtl. u. parlament. Angelegenheiten:	<b>Mofid Shehab</b>

Staatsminister für den Schurarat:	Mofied Shehab
Staatsminister für Administrative Entwicklung:	Ahmed Darwish
Staatsminister für Militärproduktion:	Gen. Sayid Meshaal

Vorsitzender des Hohen Rates für Jugend	<b>Sayef el-Din Kharboush</b>
Vorsitzender des Hohen Rates für Sport	<b>Hassan Sakr</b>

\*Neue Amtsinhaber sind fett gedruckt.

## **Der überraschende Wahlerfolg der ägyptischen Muslimbrüder**

Auch diese Parlamentswahlen haben ein weiteres Mal eindrucksvoll unter Beweis gestellt, dass die ägyptischen Muslimbrüder nicht nur straff organisiert waren und sich durch Behinderungen der Sicherheitsorgane nicht von ihrem Kurs abbringen ließen sondern offensichtlich auch bei der Auswahl und Nominierung ihrer Kandidaten für die einzelnen Wahlbezirke die richtigen Entscheidungen getroffen hatten.

Der bis heute verbotenen Organisation der ägyptischen Muslimbrüder war es im Rahmen der anfänglich noch großzügigen Duldung ihres Auftretens durch die ägyptischen Sicherheitsbehörden bereits in den beiden ersten Wahlgängen gelungen, mehr als das fünffache ihrer bisherigen Anzahl an Parlamentariern in das neue ägyptische Parlament zu entsenden. Die Staatsgewalt hatte auch diesmal wieder sowohl den hohen Organisationsgrad als auch die entschlossene Beharrlichkeit der ägyptischen Moslembrüder unterschätzt, das Angebot erweiterter politischer Spielräume während des Wahlprozesses zu nutzen und einen erfolgreichen Wahlkampf zu bestreiten. Zwar sahen sich die Muslimbrüder schon nach der überraschend erfolgreichen und verstärkt nach der nahezu ebenso erfolgreiche zweiten Wahlrunde wachsenden Behinderungen durch die ägyptischen Sicherheitsorganen ausgesetzt, die im bzw. vor dem dritten Wahldurchgang an Umfang bedeutend zugenommen und sogar zu Protesten des US-amerikanischen Administration geführt hatten; all dies konnte sie jedoch nicht daran hindern, sich nach diesen Parlamentswahlen in ganz herausragender Weise, als die einzige bedeutende politische Opposition im Parlament zu etablieren.

Bedenkt man die Tatsache, dass die Muslimbrüder diesmal wie schon 1995 und 2000 nur etwa 170 Kandidaten in das Rennen um Mandate geschickt und in Wahlkreisen, in denen prominente Politiker der Regierungspartei NDP antraten, keine eigenen Kandidaten aufgeboten hatten, so erscheint das erreichte Wahlergebnis noch eindrucksvoller. Mit einer aus dem Wahlergebnis herzuleitenden Erfolgsquote ihrer Kandidatenliste von nahezu 50% steht die Moslembruderschaft weit an der Spitze aller an dieser Wahl beteiligten Parteien bzw. politischen Gruppierungen

Die Vorhersage führender Mitglieder der Muslimbrüder bei diesen Parlamentswahlen bis zu 100 Mandate zu erlangen, hatten anfänglich noch viele politische Beobachter für Wunschenken gehalten. Aber schon nach der ersten Wahlrunde war klar, dass die Muslimbrüder dieses Ziel hartnäckig verfolgen würden und schließlich mit 88 gewonnenen Parlamentssitzen annähernd Recht behalten sollten.

Mit diesem für viele überraschenden Ergebnis können die Muslimbrüder als die eigentlichen Wahlgewinner bezeichnet werden. Bisher war es ihnen nicht erlaubt, erkennbar als Mitglieder der Moslembruderschaft an den Parlamentswahlen teilzunehmen. Dieser Umstand zwang sie als „Partei-unabhängige“ Kandidaten anzutreten oder mit bereits zugelassenen Parteien eine Wahlvereinbarung zu treffen, wie dies etwa in den Jahren 1984 und 1987 auf einer gemeinsamen Liste mit der Wafd-Partei, und 1990 sowie 1995 zusammen mit der islamisch orientierten ägyptischen Arbeiterpartei geschehen war.

Bei dieser Wahl mussten Kandidaten der ägyptischen Moslembrüder wegen des andauernden Verbots ihrer Organisation zwar weiterhin als „Unabhängige“ auftreten, es wurde aber geduldet, dass sie sich im Wahlkampf und auf ihren Wahlplakaten öffentlich zur Mitgliedschaft in der Muslimbruderschaft bekennen und mit ihrem altbekannten, aber bisher verbotenen Slogan: „Der Islam ist die Lösung“ werben durften.

Aufgrund dieses „Entgegenkommens“ der ägyptischen Sicherheitsbehörden, das durchaus auf eine stille Vereinbarung zwischen den Moslembrüdern und den Sicherheitsbehörden vor der Wahl schließen lässt, sahen führende Muslimbrüder bei diesen Parlamentswahlen keine Notwendigkeit mit anderen politischen Gruppierungen wie etwa dem Wahlbündnis UNFC (Nationale Koalition für demokratischen Wandel) enger zusammenzuarbeiten.

Von Seiten der Muslimbruderschaft hieß es lediglich, dass man sich mit dem UNFC und anderen Parteien abstimmen und in Einzelfällen die Aufstellung von Kandidaten koordinieren würde. Um möglichst viele Wahlkreise abzudecken entschied man sich häufig nur einen Kandidaten pro Wahlkreis, in dem immer zwei Mandate vergeben werden, ins Rennen zu schicken. In Wahlkreisen, wo aussichtsreiche Mitglieder anderer Parteien kandidierten, verzichteten die Moslembrüder oft auf eine eigene Kandidatur. Dennoch stellten sich immerhin ca. 175 „unabhängige“ Muslimbrüder und damit nahezu doppelt so viele Kandidaten dem (Wahl-) Kampf um insgesamt 444 Parlamentssitze als noch bei den letzten Parlamentswahlen.

Schon nach dem ersten Wahlgang hatten die Muslimbrüder die Zahl ihrer Sitze im Parlament im Vergleich zur Gesamtzahl nach den letzten Parlamentswahlen 2000 verdoppelt. Hatten sie damals insgesamt nur 17 Sitze gewonnen, so waren es diesmal schon nach den Wahlen in den ersten acht Governoraten: 34 Mandate. Da sie in diesem ersten Wahlgang nur 50 Kandidaten aufgestellt hatten lag ihre „Erfolgsquote“ mit 68% verglichen mit allen anderen (Oppositions-) Parteien sehr hoch. Nach diesem ersten, ruhig verlaufenen Wahlgang und einem solchen für alle Beobachter überraschenden Ergebnis kam es im bzw. schon vor dem zweiten Wahlgang zu gewaltsamen Ausschreitungen bzw. dem Einschreiten von Sicherheitskräften gegen Sympathisanten der Bruderschaft. In Alexandria – einer Hochburg der Muslimbrüder – wurden erstmals bei dieser Wahl ca. 120 ihrer Anhänger und Aktivisten verhaftet. Im Verlauf der Wahlen kam es hier auch zu den heftigsten Auseinandersetzungen zwischen Sicherheitskräften, Schlägertrupps und Sympathisanten der Muslimbrüder. Dabei wurden drei Personen getötet und mehrere verletzt. Nicht nur von Seiten der Muslimbrüder, sondern auch von internationalen Beobachtern wurde unterstellt, dass es eine koordinierte Zusammenarbeit zwischen den Schlägertrupps und den staatlichen Sicherheitskräften gegeben haben sollte. Die teilweise wohl inszenierten Gewaltausbrüche sollten den Sicherheitskräften einen Vorwand bieten, um bestimmte „gefährdete“ Wahllokale zu schließen bzw. die Wähler (der Moslembrüder) von der Stimmabgabe abzuhalten. Dies geschah vor allem in Kreisen mit aussichtsreichen Kandidaten der Muslimbruderschaft. Nichtsdestotrotz gewannen die Muslimbrüder auch im zweiten Wahlgang allein in Alexandria sieben der insgesamt 22 zu vergebenden Sitze. Ähnlich sah es in anderen Städten aus. So gewannen sie im mittelägyptischen Minya alle sechs zu vergebenden Mandate. Außergewöhnlich war auch das Ergebnis in Menoufiya – dem Geburtsort Hosni Mubaraks, in der bisher die NDP Kandidaten dominiert hatten. Dieses Mal gelang es den Moslembrüdern sogar in dieser Heimatprovinz des Präsidenten das bisherige Monopol der Regierungspartei zu durchbrechen und immerhin drei weitere Parlamentssitze zu erringen. Bereits im ersten Wahlgang war es den Moslembrüdern gelungen 13 Mandate und in den Stichwahlen weitere 29 Mandate zu gewinnen. Die Erfolgsquote der Gruppe lag diesmal sogar bei 70%, denn von insgesamt nur 60 Kandidaten waren 42 erfolgreich gewesen. Am Ende der zweiten Wahlrunde konnten sie also trotz sich verstärkender Manipulationsversuche durch die Regierungspartei bereits insgesamt 76 gewonnene Parlamentssitze vermelden. Schon diese Zahlen ließen einige besorgte Kommentare laut werden. Vor allem Vertreter der koptischen Minderheit zeigten sich besorgt über die Gefahr wachsender religiöser Intoleranz und entsprechend negativer Einflüsse im Parlament was die Sicherstellung religiöser und kultureller Freiheitsrechte anging. Aber auch gemäßigte islamische Intellektuelle äußerten ihre Besorgnis über ein solches Wahlergebnis, da sie eine Entwicklung in Richtung „ägyptischem Taliban-Regime“ nicht ausschließen wollten. Als Reaktion sah sich ein führendes Mitglied der Muslimbrüder, Khairat El Shater sogar aufgefordert einen Artikel unter dem (bezeichnenden) Titel: „No need to be afraid of us“, zu veröffentlichen, indem er den Lesern versicherte, dass die Muslimbrüder sowohl religiöse Verschiedenheit als auch die Rechte von Nicht-Muslimen respektieren würden und dass sie keine politische, religiöse oder soziale Gruppe vom politischen Leben in Ägypten

ausschließen würden. Mit Bedenken und Spannung blickten deshalb viele auf die dritte und letzte Wahlrunde. Aufgeschreckt von den Erfolgen der Moslembrüder nahmen die Verhaftungen von Muslimbrüdern und deren Unterstützern noch einmal zu. So wurden noch vor der ersten Wahlrunde des dritten Wahlgangs zwischen 300 und 500 Anhänger der Muslimbrüder verhaftet. Die gewalttätigen Ausschreitungen zwischen Moslembrüdern und deren Anhängern mit den Sicherheitskräften erreichten ihren Höhepunkt. Dabei starben insgesamt acht Personen. Weiterhin wurden wiederum zahlreiche Wahllokale geschlossen bzw. den Wählern der Zugang zu den Wahllokalen gewaltsam versperrt. Im ersten Wahlgang konnte die Bruderschaft deshalb trotz 49 kandidierender Moslembrüder kein einziges, weiteres Mandate erringen. Erst in den Stichwahlen gewannen sie weitere 12 Sitze hinzu und erreichten damit insgesamt 88 Parlamentssitze und damit nahezu 20% der bis dahin vergebenen 426 von 444 Mandaten. 18 Mandate standen zu diesem Zeitpunkt noch aus, weil die Wahlauseinandersetzung um diese Mandate entweder durch Schließung der Wahllokale nicht zustande gekommen war oder die veröffentlichten Wahlergebnisse vor Gericht erfolgreich in Frage gestellt worden sind. Auch wenn die Moslembrüder am Ende noch mehr als 20% der Mandate erreichen sollten, ist dies ihr bisher größter Wahlerfolg seit 1987 als sie auf der Liste der ägyptischen Arbeiterpartei kandidierten. Damals zogen sie mit 36 Mandaten ins Parlament ein. Das sie selbst dieses gute Resultat mehr als verdoppeln konnten, war für alle Beobachter überraschend, obwohl sie von den meisten Ägyptern als die eigentlich einzige alternative politische Kraft zur aktuellen Regierung galten.

Das Verhältnis zwischen beiden großen politischen Bewegungen, der säkularen ASU (später NDP) und der religiösen Bruderschaft war seit der Gründung der Republik 1952 immer schon höchst ambivalent gewesen. Hatten die ägyptischen Moslembrüder nach dem Putsch der „Freien Offiziere“ anfänglich noch auf eine Regierungsbeteiligung unter Gamal Abdal Nasser gehofft, so kam es nach einen Attentatsversuch auf den Präsidenten 1954 schon bald zum endgültigen Bruch zwischen beiden Bewegungen. Bald darauf brach eine Verhaftungswelle über die Bruderschaft herein. Erst in der Ära Anwar As-Sadats konnten sie sich wieder freier entfalten und verstärkten ihr (soziales) Engagement vor allem in der Unter- und Mittelschicht. Im Zuge der durch Sadat veranlassten wirtschaftlichen Öffnung fielen die meisten staatlichen Sozialleistungen, die unter Nasser eingeführt wurden, wieder weg.

Die vom Staat in ihren sozialen Problemen alleingelassenen Unter- und Mittelschichten wurden zum Hauptbetätigungsfeld der Muslimbrüder, die begannen sich mit eigenen sozialen Servicedienstleistungen einen Namen zu machen. Dadurch bekamen sie immer mehr Zulauf. Als Sadat jedoch 1981 von einer radikal-islamistischen Splittergruppe, die sich zuvor von den Muslimbrüdern abgespalten hatte, ermordet wurde, wurden die Moslembrüder wieder Opfer einer erneuten Verhaftungswelle. Seither gilt auch der Ausnahmezustand in Ägypten. Die Bruderschaft hat sich inzwischen von den radikalen und gewaltbereiten Gruppierungen distanziert und eine gemäßigte politische Richtung eingeschlagen und zur stärksten oppositionellen Kraft entwickelt. Jetzt stellen sich viele die Frage, ob die Muslimbrüder diesen Weg weiter gehen wollen und inwieweit sie bereit sein werden mit dem Regime zu kooperieren, zumal auch bei diesen Wahlen wieder Vorwürfe laut wurden, es hätte eine Absprache bzw. fallweise Abstimmungen zwischen beiden Kräften gegeben. Als Beleg dafür wird immer wieder angeführt, dass einige Muslimbrüder ihre Kandidatur zu Gunsten von namhaften NDP-Vertretern zurückgezogen haben. Inwieweit das der Wahrheit entspricht und inwieweit das zum Erfolg der Bewegung beigetragen hat, muss noch detailliert geklärt werden. Sicher erscheint jedoch, dass die Muslimbrüder sich ihren Wahlerfolg selbst erkämpft haben. Immer wieder wurde von Beobachtern hervorgehoben, dass sie sehr gut organisiert waren und über eine große Anzahl freiwilliger Helfer verfügen konnten. Ihr Kommunikationsnetz war so hervorragend ausgebaut, dass Mitglieder und Anhänger während des gesamten Wahlverfahrens via SMS und E-Mail immer über alle aktuellen Ergebnisse oder anstehende Aktionen informiert werden konnten. Keine der



anderen Oppositionsparteien – und auch nicht die NDP – waren in der Lage die ägyptische Mittelschicht in der Art und Weise zur Stimmabgabe zu mobilisieren wie es die Muslimbruderschaft tat.

Viele stellen sich momentan die Frage, welche politischen Perspektiven sich aus dem Abschneiden der Moslembrüder ergeben. Innerhalb dieses Diskurses haben sich hauptsächlich zwei Positionen herauskristallisiert. Eine Seite befürchtet eine zunehmende Islamisierung der Politik durch die Muslimbrüder. Andere wiederum sehen in der parlamentarischen Beteiligung ein Potenzial für die Entwicklung einer demokratischen Agenda. Die Vertreter dieser Sichtweise sehen in der gegenwärtigen Illegalität der Vereinigung ihr stärkstes Potenzial. Dadurch könne sie sich vielen Pflichten und parteipolitischen Rahmenbedingungen entziehen. Eine Integration in das politische Leben würde ihnen klare Grenzen setzen und sie dazu zwingen die realpolitische Tauglichkeit ihres diffusen Programms sowie ihres allgemeinen Slogans „Der Islam ist die Lösung“ zu beweisen. In welche Richtung sich die politische Zukunft Ägyptens mit 88 Muslimbrüdern im Parlament bewegt bleibt abzuwarten und ist von vielen Faktoren abhängig. Die Möglichkeit einer weiteren Integration der Muslimbrüder ins politische Leben und ebenso eine Entwicklung der Bewegung hin zu einer offiziellen demokratischen Partei ist gegeben und gegebenenfalls auch notwendig. Denn ändert sich bei den nächsten Parlamentswahlen 2010 die Sitzverteilung nicht grundlegend, dann wird die NDP die einzige Partei sein, die mit der erforderlichen Prozentzahl (5%) im Parlament vertreten ist und somit einen Präsidentschaftskandidaten für die Wahl 2011 stellen kann. Nur für den Fall, dass die Muslimbrüder sich erfolgreich um eine Anerkennung als politische Partei bewerben und als eine solche zugelassen werden, wären auch sie in der Lage bzw. berechtigt bei den nächsten Präsidentschaftswahlen 2011 einen eigenen Kandidaten ins Rennen zu schicken.

## **Enttäuschende Wahlergebnisse von Frauen und Kopten**

### **Frauen vor dem Rückzug aus der Politik ?**

Die Rolle ägyptischer Frauen, die seit immerhin 1956 über umfangreiche, in der ägyptischen Verfassung kodifizierte politische Rechte verfügen, wozu auch das aktive und passive Wahlrecht gehören, war auch bei diesen Parlamentswahlen wieder sehr begrenzt. Nur 127 der insgesamt über 5000 Parlamentskandidaten waren diesmal Frauen und von diesen kandidierten immerhin 114 als „unabhängige“ d.h. keiner politischen Partei verpflichteten Kandidatinnen. Im Ergebnis gewannen schließlich davon nur 6 Kandidatinnen ein Parlamentsmandat, fünf weitere Frauen wurden später vom ägyptischen Präsidenten im Rahmen seines Nominationsrechts zu Parlamentariern berufen.

Auch wenn die Regierungspartei NDP unterstützt durch entsprechende Appelle der Präsidentengattin im Vorfeld der Wahlen immer wieder betont hatte, dass man den Frauen eine wachsende Rolle im politischen Leben Ägyptens einräumen wolle, gelang es der Mehrzahl der weiblichen Kandidatinnen innerhalb der Regierungspartei im Rahmen der inner-parteilichen „Primaries“ nicht eine offizielle Parteikandidatur zu erkämpfen. Trotz der prominenten Fürsprache von Suzanne Mubarak präsentierte die Regierungspartei NDP schließlich unter ihren 444 offiziellen Parteikandidaten gerade einmal 6 weibliche Kandidatinnen und damit 5 weniger als bei den letzten Parlamentswahlen im Jahre 2000. und deutlich weniger als die 26 Kandidatinnen, welche die Partei ursprünglich versprochen hatte zu nominieren

Die Oppositionsparteien kündigten ebenfalls an, Frauen als Kandidatinnen aufstellen zu wollen. Selbst die als äußerst konservativ geltende Muslimbruderschaft wollte, da als politische Partei nicht zugelassen, Frauen als unabhängige Kandidatinnen ins Rennen schicken. Sie schickte schließlich doch nur eine Kandidatin ins Rennen. Selbst die liberale

Wafd Partei nominierte keine Frau (verglichen zu acht Frauen von 272 Kandidaten im Jahr 2000). Positiv zu bemerken ist, dass sowohl die Tagammu (vier Frauen) als auch die Umma Partei (zehn Frauen) mehr weibliche Kandidaten nominiert hatten, als im Vorjahr. Insgesamt waren es 24 Frauen, die offiziell von Parteien als Kandidatinnen aufgestellt worden waren. 86 kandidierten als Unabhängige. Obwohl sich seit 1990 die Anzahl der weiblichen Kandidatinnen vorübergehend fast verdreifacht hatte (1990: 42 Frauen, 1995: 87 und 2000: 120), blieben die Erfolge der Frauen auch diesmal bescheiden; statt bisher sieben gewählter Frauen, wurden diesmal nur 4 Frauen ins Parlament gewählt.

**Tabelle: Anzahl der gewählten Frauen im Parlament 1957-2000**

Wahljahr	Parlamentssitze	Kandidatinnen	Mandate	Anteil in %
Dezember 1995	444	87	5	1,1
November 2000	444	120	7	1,6
Dezember 2005	444	114	6	1,3

Im ersten Wahlgang dieser Parlamentswahl am 09.11.2005, kandidierten nur eine Minderheit nämlich 13 Frauen auf der Liste einer Partei (davon 19 in Kairo und 6 in Giza), dagegen 31 Frauen als Unabhängige. Keine dieser Kandidatinnen konnte sich schon im ersten Wahlgang durchsetzen, einige schafften es jedoch in die Stichwahl. In diesen Stichwahlen setzte sich schließlich nur die langjährige stellvertretende Parlamentspräsidentin Frau Amal Othman (NDP) in Dokki gegen ihren starken Gegenkandidaten aus den Reihen der Moslembroderschaft: Hazem Abu Ismael durch, obwohl sie in ersten Fernsehmeldungen bereits als geschlagene Verliererin apostrophiert worden war. Andere prominente Kandidatinnen, wie die langjährige Parlamentarierin Fayeda Kamal oder die bisherige Vorsitzende des Kulturausschusses, Thoraya Labana verloren diese Wahlen. Viele dieser Kandidatinnen machten grassierenden Wahlbetrügereien für Ihre Niederlagen verantwortlich. Zwei weibliche Kandidatinnen bedürfen einer besonderen Erwähnung; zum einen ist dies Frau Mona Makram Ebeid, welche im Bezirk Shubra als Unabhängige kandidierte, nachdem sie, die in der Vergangenheit als erste Koptin in der ägyptischen Geschichte einen Parlamentssitz errungen und bis vor kurzem noch als Generalsekretärin der Al-Ghad Partei fungiert hatte. Als Professorin für Politikwissenschaften an der American University of Cairo (AUC) und Enkelin des vielleicht bekanntesten koptischen Politikers des modernen Ägypten, Makram Ebeid Pasha, der von 1936 bis 1942 Generalsekretär der Wafd- Partei gewesen war verlor auch sie diesmal gegen den eher unscheinbaren Vertreter der Regierungspartei: Mohamed Guweili (NDP). Neben der Kandidatur Frau Ebeids war aber auch noch die Kandidatur einer anderen Frau von besonderem Interesse nämlich die der diesmal einzigen Kandidatin der Moslembroder bei diesen Wahlen: Frau Makarem El-Deiri. Sie ist damit bereits die zweite Frau, welche die politisch verbotene Moslembroderschaft offiziell als Kandidatin nominierte nachdem Frau Gihan El-Halafawi bei den letzten Parlamentswahlen 2000 noch stellvertretend für ihren inhaftierten Ehemann ins Rennen geschickt worden war. Interessant ist dabei, dass auch der Ehemann von Frau El-Deiri, Ibrahim Scharraf, als ein engagierter Moslembroder gilt, zeitweise als Generalsekretär fungierte und bereits 9 Jahre im Gefängnis verbracht hat. Die 55 jährige El-Deiri, die derzeit als Assistenz-Professorin an der Al-Azhar Universität tätig ist, unterlag im Kairoer Stadtteil Medinat Nasr schließlich ihren beiden männlichen Gegenkandidaten: Mahmoud Hassanein Eid (NDP) und Ibrahim Abu Youssef (Unabhängig).

In der zweiten Wahlrunde kandidierten 38 Frauen, und stellten damit 2,15 % aller Kandidaten. In dieser Runde konnte sich Frau Gamalat Hassan Rafea (NDP) als einzige Frau einen Sitz im Parlament erkämpfen. In der dritten und letzten Wahlrunde kandidierten dann unter den 1.774 Kandidaten noch einmal 28 Frauen Von diesen setzen sich in der Stichwahl schließlich Frau Layla El Refai El Morsi und Frau Fayza Ibrahim Ahmed durch und ließen die Anzahl der erfolgreichen Kandidatinnen auf insgesamt 4 ansteigen.

Nach Berichten von ägyptischen Frauenorganisationen, die sich nach den Parlamentswahlen besonders mit den Erfahrungen weiblicher Kandidatinnen auseinandergesetzt haben, gab es in den Wahlen offensichtlich viele Unregelmäßigkeiten. So wurden von einigen männlichen Kandidaten Frauen in Gestalt von Bauchtänzerinnen bewusst eingesetzt, um Männer in die Wahlstationen zu locken und zur Stimmabgabe zu bewegen. Auch wurde Frauen für ihre Stimmabgabe oft Geld geboten. Außerdem wurden die Rechte vieler Kandidatinnen verletzt. So berichtete die Kandidatin Mona Shouky aus Suez, dass man im Wahlkampf über ihre Person ihren Werdegang und ihre Familiensituation (man sprach ihr sogar die ägyptische Staatsbürgerschaft ab) sowie über ihre Reputation Gerüchte in die Welt gesetzt habe, welche ihr Image beeinträchtigen sollten. Im Falle der Kandidatin Hela El Said Ali, wurde in der Nacht vor der Stichwahl ihre Wahlnummer (von 28 zu 27) geändert, was zu erheblicher Konfusionen, sowohl bei ihren Wahlhelfern als auch bei den Wählern, beigetragen habe. Zusammenfassend bleibt zu sagen, dass die ägyptische Frau, trotz vieler Unterstützung durch Fortbildungsmaßnahmen seitens des regierungsnahen National Council of Women wie auch durch andere NGOs ihren unterrepräsentierten Status in der ägyptischen Politik nicht hat verbessern können. Gründe hierfür liegen jedoch nicht nur in der Mentalität der arabischen Wähler, die offensichtlich männlichen Kandidaten den Vorzug geben, sondern auch in der geringen Unterstützung, die sie von ihren eigenen politischen Parteien erfahren haben.

### **Kopten politisch marginalisiert ?**

Die politische Marginalisierung der koptischen Minderheit, die nach allgemeinen Schätzungen einen Anteil von 6 - 10 Prozent der heute rund 72 Millionen Ägypter ausmacht, hat sich in diesen Parlamentswahlen ein weiteres Mal akzentuiert. Lag der Anteil koptischer Parlamentarier im Parlament schon seit Beginn der siebziger Jahre nie höher als 3% Prozent so reduzierte sich ihr Anteil bei diesen Parlamentswahlen ein weiteres Mal. Unter den koptischen Parlamentskandidaten sind besonders der prominente Unternehmer Munir Fakhri Abdel-Nour und Waguih Shukri hervorzuheben. Ersterer kandidierte für die Al-Wafd Partei im Wahlbezirk Waili, verlor aber bereits im ersten Wahlgang; Shukri, kandidierte dagegen für die Tagammu Partei in Minya, schaffte es aber auch nicht in die Stichwahl und unterlag sogar in einem Gouvernorat, in dem der Koptenanteil immerhin 25% beträgt.

Vor den Wahlen war es Ende Oktober zu gewaltsamen Ausschreitungen zwischen Kopten und Moslems in Alexandria gekommen, bei welchen drei Menschen getötet und über 100 verletzt und 105 verhaftet wurden. Auslöser war die Verbreitung einer DVD die ein Theaterstück enthielt, das von einem Christen handelte, der zum Islam übertritt, nach einiger Zeit aber für sich realisiert, dass er eine falsche Entscheidung getroffen hat und deshalb wieder zum Christentum zurückkehrt. Seine neuen, muslimischen Freunde bringen ihn wegen des nochmaligen Religionswechsels (Abfall vom Glauben) um. Der Zeitpunkt der Verbreitung dieser DVD ließ Stimmen laut werden, die einige Moslembrüder beschuldigten dies getan zu haben, um Unruhen zwischen den beiden Religionsgruppen zu stiften und damit ihren Kandidaten durch die „negative“ Mobilisierung ihrer potentiellen Wähler einen Vorteil zu verschaffen. Als Folge dieser Ausschreitungen zog dann tatsächlich ein koptischer Kandidat der Regierungspartei, Herr Maher Khella seine Kandidatur zurück. Damit verblieb der ägyptische Finanzminister, Herr Youssef Boutros Ghali als einziger offizieller koptischer Parlamentskandidat, dem es schließlich auch gelang einen Parlamentssitz zu erringen.

Diese Parlamentswahl hat den ägyptischen Kopten also nur noch einen einzigen Parlamentssitz beschert was vor dem Hintergrund des erfolgreichen Abschneidens der ägyptischen Moslembrüder viele Beobachter befürchten lässt, dass die immer wieder aufflammenden Animositäten zwischen diesen beiden Bevölkerungsgruppen zunehmen könnten.

## Ägyptische Reaktionen auf den Wahlsieg der Hamas

Der überraschende Wahlsieg der Hamas bei den Parlamentswahlen in den palästinensischen Gebieten hat nicht nur in Ägypten, sondern in der gesamten Region für Überraschung und Aufregung gesorgt und zu einer Vielzahl von Reaktionen und Kommentaren von Politikern und Nahostexperten unterschiedlicher Provenienz geführt.

Der ägyptische **Präsident Hosni Mubarak** appellierte anlässlich seines Zusammentreffens mit dem palästinensischen Präsidenten Mahmoud Abbas am 1. Februar in Kairo an die westliche Staatengemeinschaft die demokratische Wahl der palästinensischen Bevölkerung zu akzeptieren und den Dialog mit den jetzt gewählten Vertretern des palästinensischen Volkes aufzunehmen. Man dürfe das palästinensische Volk schließlich nicht für seine Wahlentscheidung bestrafen, zumal diese nicht unbedingt (allein) auf den Vorstellungen der Hamas zum Friedensprozess mit dem Staate Israel beruhe, sondern sicher auch viel mit der Unzufriedenheit mit der Tätigkeit der palästinensischen Autonomiebehörde zusammenhängt, die dem erfolgreichen sozialen Engagement der Hamas wenig entgegengesetzt habe. Auch er sehe in der Wahlentscheidung deshalb vor allem einen Ausdruck der Frustration der palästinensischen Wähler angesichts der Erfolglosigkeit der Autonomiebehörde die Lebenssituation der palästinensischen Bevölkerung zu verbessern. Pressemeldungen zufolge soll es Mubarak aber gelungen sein, den palästinensischen Präsidenten Abbas davon abzuhalten, angesichts der klaren Niederlage seiner Partei zurückzutreten und sich stattdessen noch bis zum Ende seiner Amtszeit im Jahre 2009 im Einklang mit seinen arabischen Nachbarn um die Fortsetzung des Friedensprozesses auf den bisherigen Grundlagen zu bemühen. In diesem Zusammenhang bezeichnete er es als wichtig jetzt eine Regierungsbildung zu ermöglichen, die eine gemeinsame Fortsetzung des Prozesses erlaubt. In einem sich anschließenden ersten Gespräch des ägyptischen Präsidenten mit der erstmals angereisten neuen israelischen Außenministerin, Tzipi Livni soll er sich dafür eingesetzt haben, dass die israelische Regierung von einem Einfrieren der Steuerüberweisungen an die palästinensische Autonomiebehörde absieht. Auch in diesem Fall gelte es nicht die gesamte palästinensische Bevölkerung für die getroffene Wahlentscheidung pauschal zu bestrafen.

Der ägyptische **Ministerpräsident Ahmed Nazif** hatte bereits am 29. Januar -noch in Davos weilend- auf das Wahlergebnis mit dem Appell reagiert, der Hamas erst einmal eine Chance zu geben, diesen überwältigenden Wahlsieg zu „verarbeiten“. Er wertete den deutlichen Wahlsieg der Hamas als einen klaren Ausdruck der Frustration der Bevölkerung mit dem Status Quo und des Wunsches nach politischem Wandel. Es sei nun wichtig, so Nazif, diesen Willen zu respektieren und der neuen Regierung eine Chance zu geben, ihren Charakter und ihre Intentionen offen zu legen. Man müsse der Hamas Zeit und Raum geben, Kontakt nach Außen zu initiieren und weitere Kommunikationskanäle zu eröffnen, damit man jetzt zu einem internen Kommunikationsprozess über die Ziele und die einzuleitenden Maßnahmen der Bewegung kommen könne.

Eine jetzt wohl doch von der Hamas angeführte, neue palästinensische Regierung solle jedoch, so Nazif, weiter, die vom Quartett unterstützte „Roadmap“ akzeptieren und als Basis für weitere Verhandlungen anerkennen und damit vor allem alle Elemente des Oslo-Friedensabkommen respektieren. Es sei jetzt vor allem sicherzustellen, dass auch die Hamas innerhalb dieser Rahmenbedingungen die Idee von zwei Staaten, die in Frieden nebeneinander existieren, verwirklichen helfe. Er betonte, dass die ägyptische Regierung auch weiterhin bereit sei, eine bedeutende Rolle im Friedensprozess zu spielen und dies auch könne, da es eines der wenigen Länder sei, dass sowohl mit Israel als auch mit der palästinensischen Seite und dabei eben auch zu Hamas Vertretern über gute Gesprächskontakte verfüge.

Der ägyptische **Außenminister, Ahmed Abul Gheit** äußerte noch am gleichen Tag die Hoffnung, dass vor allem die europäischen Geberstaaten die finanzielle Hilfe für die Palästinenser auch nach dem Wahlsieg der Hamas weiter aufrechterhalten werden. Er hoffe, so Gheit, dass die Europäische Union der palästinensischen Autonomiebehörde auch zukünftig (finanzielle) Hilfen zukommen lassen werde, da der Behörde weiterhin eine große Verantwortung für die Stabilität in den palästinensischen Gebieten zukomme. Auch er bekräftigte die Bereitschaft Ägyptens, seine traditionelle Vermittlerrolle zwischen der israelischen Regierung und den palästinensischen Vertretern weiter wahrzunehmen.

Der **Generalsekretär der Arabischen Liga, Amr Moussa**, rief ebenso dazu auf, der Hamas die Möglichkeit zu geben, sich in den andauernden politischen (Friedens-) Prozess einzubringen. Manche unmittelbaren politischen Reaktion westlicher Regierungen auf den Wahlausgang bewertete er als übereilt und appellierte an diese, der Hamas doch erst einmal die Möglichkeit zu geben in abgestimmter, koordinierter Form auf all die vielen Fragen, die sich jetzt schließlich allen Regierungen, sowohl in Europa als auch in der Region stellen, eine fundierte Antwort zu finden. Von Ultimaten jeglicher Art sollte man deshalb Abstand nehmen und den Dialog mit Hamas aufnehmen.

In den meisten Kommentaren in den ägyptischen Tageszeitungen wird ebenfalls dafür plädiert, den Willen der Mehrheit der palästinensischen Bevölkerung zu respektieren und der Hamas erst einmal eine Chance einzuräumen. Allerdings wird dabei auch das Dilemma der internationalen Gemeinschaft thematisiert, ob man einer demokratisch gewählten Regierung und Partei Unterstützung zukommen lassen darf, obwohl sich diese bisher nicht von Gewalt/Terror distanziert habe.

**Salama Ahmad Salama** konzediert in einem Kommentar in der ägyptischen Tageszeitung al-Ahram, dass der Sieg der Hamas in den palästinensischen Wahlen ein unerwartetes, politisches Erdbeben ausgelöst habe und er ein unvorhersehbares Nachbeben in der Region für sehr wahrscheinlich erachte. Die überraschenden Ereignisse offenbarten, dass die Frustrationen, der sich in den Herzen der Bevölkerung der Region angesammelt hätten, alle Erwartungen überstiegen hätten. Zudem habe das Wahlergebnis gezeigt, so Salama, dass es die USA und Israel bisher nicht verstanden hätten, dass je mehr politischen Druck sie auf die Regierungen in der Region ausübten, der Widerstand und die Bestimmtheit, mit der das Volk darauf mit Ablehnung reagiere, zunähmen.

Die palästinensischen Wahlen selbst seien frei und fair gewesen und dabei in -gerade aus ägyptischer Sicht- erstaunlich ruhiger Atmosphäre durchgeführt worden. Dabei sei das Wahlverhalten der palästinensischen Bevölkerung vor allem Ausdruck des Protests gegen die bisherigen Praktiken der palästinensischen Autonomiebehörde und ihrer Hauptstütze, der Fatah zu werten. Das Wahlergebnis bringe zudem ein Ende des Einparteiensystems und damit des bisherigen politischen Machtmonopols der Fatah mit sich, was auf jeden Fall zu begrüßen sei. Es stelle einen ersten Test für eine palästinensische Fraktion dar, die bisher in Opposition zur palästinensischen Regierung gestanden habe und jetzt wohl die Regierung übernehmen müsse. Allerdings zeigt sich auch Salama besorgt darüber, was die zukünftige Haltung der Hamas bezüglich Verhandlungen mit Israel angeht. Erwartet werde von ihnen zumindest, dass sie ihre Waffen niederzulegen und das Existenzrecht des Staates Israel anerkennen. Auch stellt er die Frage, ob sich eine Organisation wie Hamas momentan überhaupt von innen heraus verändern könne oder ob dafür nicht vielmehr gerade jetzt Hilfe von außen benötigt würde. Diese Hilfe könne aber nur im Dialog vermittelt werden, den es deshalb gelte zu führen.

**Ibrahim Nafie** empfahl der Hamas Führung in einem weiteren Kommentar in der al-Ahram eine Regierung der Nationalen Einheit zu bilden, weil zu befürchten sei, dass eine reine Hamasregierung von der internationalen Gemeinschaft wohl boykottiert werden würde. Es ginge für Hamas jetzt darum, von der Ära der Slogans Abschied zu nehmen und in die Arena der Realpolitik einzutreten und als Kompromiss suchende politische Kraft/Partei zu agieren. In einem weiteren Artikel in der Wochenendausgabe der al-Ahram verwies Nafie jedoch auch auf das Problem, dass Hamas seine Charta nicht über Nacht ändern könne und dabei auch bedenken müsse, dass sie damit ja in bestimmten Umfang wohl auch Wählerbetrug begehen würde, da sicherlich einige, wenn wohl auch nur eine Minderheit, Hamas eben genau wegen dieser Charta gewählt hätten. Gleichzeitig habe Hamas aber schon bewiesen, dass es seine Charta durchaus „weiterentwickeln“ könne, wie die Teilnahme an diesen Parlamentswahlen gezeigt habe. Auch der neue Vorschlag der Bildung einer vereinten „palästinensischen Armee“ könnte ein Zeichen dafür sein, dass man Wege suche, die alte politische Forderung nach Auflösung aller Milizen, darunter eben auch des militärischen Arms der Hamas, nachzukommen. Komplizierend komme jetzt jedoch hinzu, dass sich Fatah bisher dem Gedanken einer Regenbogenkoalition verschließt und verkündet habe, sie würde es vorziehen nicht unter Hamas Federführung in eine Koalitionsregierung einzutreten, sondern stattdessen in die Opposition gehen zu wollen. All dies zeigt zweifelsfrei, dass die Hamas momentan auf vielen verschiedenen Ebenen gefordert sei „Farbe zu bekennen“ und es erst die Zukunft zeigen wird, ob die Hamas-Führung dafür die nötige Kraft und Weisheit aufbringen wird.

**Mohamed Wagdi Qandil** verwies in seinem Kommentar in der gleichen Ausgabe von al-Ahram auf die Mitschuld der amerikanischen und israelischen Regierung an der Wahlniederlage der Fatah, da beide Regierungen Abbas keine ausreichende politische Unterstützung gewährt hätten, um seiner Partei für die Wahlen etwas in die Hand zu geben, was sie bei den Wählern attraktiv gemacht hätte. Vor allem der unilaterale Ansatz des israelischen Ministerpräsidenten habe Abbas der politischen Erfolge beraubt, die er so dringend benötigt hätte, um angesichts der viel beklagten Korruption innerhalb seiner Regierung, dem Wähler auch etwas Positives vorweisen zu können.

In verschiedenen weiteren Kommentaren wird immer wieder darauf verwiesen, dass der Sieg der Hamas in Wahlen, die allgemein als fair bezeichnet worden seien, als demokratischer Ausdruck des politischen Willens der palästinensischen Bevölkerung Bürger zu akzeptieren seien. An die Adresse des Westens wird dabei wiederholt deutlich gemacht, dass das Fällen übereilter Urteile sowie das Einnehmen voreiliger Standpunkte nutzlos, wenn nicht zum jetzigen Zeitpunkt sogar schädlich sei und dass ein solches Verhalten die zweifellos entstandene Instabilität in den palästinensischen Gebieten bzw. in der gesamten Region nur noch verstärken würde. Deshalb werde vor einer Entscheidung gewarnt, etwa die Finanzhilfe an die Palästinenser unverzüglich einzustellen, falls diese eine neue Regierung anführe, da man der Überzeugung sei, eine solche Entscheidung würde nicht nur dem palästinensischen Volk insgesamt großen Schaden zufügen, sondern vor allem auch den Hardlinern in der Hamas unnötigen Auftrieb geben. Die von Israel eingeleiteten Boykottmaßnahmen würden deshalb verurteilt und man empfiehlt stattdessen allen Beteiligten, die Hamas weniger an vergangenen Äußerungen und Handlungen als an ihrer zukünftigen Politik zu messen.

In einem Kommentar der linken ägyptischen Tageszeitung Al-Akhbar wird das Wahlergebnis sogar als ein möglicher Ausgangspunkt für bedeutende, „positive“ politische Veränderungen in der Region gesehen. Man interpretiert dort das Ergebnis als einen Rückschlag für die Politik Israels und der USA und erwartet, dass das Wahlergebnis Israel zu mehr Zugeständnissen gegenüber den Palästinensern zwingen wird. Deshalb sollten alle

anderen palästinensischen Fraktionen, so al-Akhbar, die Hamas jetzt unterstützen, um die notwendigen Veränderungen in der palästinensischen Autonomiebehörde und in der Politik gegenüber Israel auf den Weg zu bringen.

Auch **Laila Hafez** beurteilt in einem Namensartikel in der al-Ahram den Wahlsieg der Hamas als ein natürliches Ergebnis der repressiven Politik Israels. Sie stellt darin die Frage, ob Israel das Wahlergebnis vielleicht nicht sogar als Vorwand nutzen werde, um jegliche, weitere Verhandlungen mit den Palästinensern auszuweichen und den bereits eingeschlagenen, unilateralen Kurs fortzusetzen.

**Sherif al-Ghamry** beschäftigt sich in seinem Kommentar in der al-Ahram dagegen vor allem mit den Problemen, die sich der Europäischen Union nach dem Wahlsieg der Hamas stellen. Er sieht ein Hauptproblem für die EU in dem Paradoxon, dass die Europäische Union einerseits kein demokratisch gewähltes Parlament boykottieren könne, andererseits es ihr aber völlig widerstrebt, die Politik des bewaffneten Kampfes der Hamas gegen Israel zu akzeptieren. Das zweite Dilemma läge darin, dass Europa auch nicht die Verantwortung für die Folgen, die sich aus Einschnitten bzw. dem Einfrieren der Finanzhilfe für die Palästinenser zwangsläufig ergäben, tragen wolle.

**Fahmy Hewaidi**, erinnert in seinem Kommentar in der al-Ahram die Hamas dagegen an einige Schlüsselprinzipien der Scharia, die jetzt für die Hamas nützlich sein könnten. Diese Prinzipien beinhalten, dass die Bedürfnisse der palästinensischen Bevölkerung ein möglicher Grund sein könnten, religiöse Gebote vorübergehend zu missachten und man diese Gebote durchaus ignorieren könne/solle, wenn ihre Einhaltung größeren Schaden (bei der Bevölkerung) nach sich ziehen würde. Außerdem verweist er auf die seiner Meinung nach bestehende Unabwendbarkeit der Durchführung sukzessiver Reformen in Palästina. Er erklärte, dass seine Kontakte mit Hamas-Führern ergeben hätten, dass die Hamas sich durchaus der großen Aufgabe bewusst sei, die vor ihr läge, und dass sie für jede Hilfe und jeden Rat dankbar sei, der ihnen jetzt von wohlmeinenden Verbündeten gegeben würde.

In weiteren Kommentaren in der Wochenendausgabe der al-Ahram vom 2. Februar sieht man das Wahlergebnis als Beweis dafür, wie schwach sowohl die rechten als auch die linken politischen Kräfte, einschließlich der Fatah, in Palästina wirklich seien. Zwar sei vor allem die Politik Israels verantwortlich dafür, dass die Glaubwürdigkeit der moderaten palästinensischen Strömungen auf der Straße untergraben wurde, aber dass auch die Fatah ein Teil der Schuld für dieses Wahlergebnis trage sei unbestreitbar. Allerdings wird die Hamas aufgefordert, ihren politischen Diskurs internationalen und regionalen Standards anzupassen. Dabei solle darauf geachtet werden, dass der Diskurs der politischen Bedeutung der Vertretung der Palästinenser auf internationaler Ebene angemessen sei. Ebenso sollte der Diskurs den Normen und Regeln der internationalen Gemeinschaft gemäß entwickelt werden und nicht nach den Regeln der Hamas. Die Internationale Gemeinschaft ihrerseits stehe vor einem schwierigen Dilemma, wenn es um die Frage der Anerkennung der Hamas gehe. Soll die Weltgemeinschaft die Hamas und ihre Regierung, angesichts des Sieges der Hamas als Ergebnis freier, demokratischer Wahlen, bedingungslos als nationale Autorität anerkennen oder solle die Anerkennung an zusätzliche Bedingungen geknüpft werden?

**Ayman El-Amir**, der ehemalige al-Ahram Korrespondent in Washington, kommt in diesem Zusammenhang zu der Einschätzung, dass es zu tragfähigen Friedenslösungen im Nahen Osten nicht zwischen den jeweiligen Friedenswilligen auf beiden Seiten sondern nahezu immer zwischen solchen politischen Bewegungen gekommen sei, die eher realpolitische Vorstellungen vertraten und über die Unterstützung einer deutlichen Mehrheit der eigenen Bevölkerung verfügten. Dies sei jetzt mit der Wahl von Hamas eben auch auf der

palästinensischen Verhandlungsseite eingetreten, was die Chancen auf eine tragfähige bzw. dauerhafte Friedenslösung seiner Meinung nach eher erhöhe. In seinem Verständnis verfüge Israel jetzt über einen vielleicht schwierigeren, dafür aber durchsetzungsfähigeren Verhandlungspartner. So wie eine für den Likud oder für Kadima akzeptable Friedenslösung für alle anderen israelischen Parteien und westliche Regierungen eher akzeptabel wäre, so wäre auch eine für Hamas akzeptable Friedenslösung für alle anderen palästinensischen Gruppierungen und Arabische Regierungen automatisch akzeptabel. Eine solche Lösung, wenn sie denn erreicht würde, hätte auf jeden Fall mehr „Durchschlagskraft“, argumentieren sowohl El-Amir als auch sein Kollege **Muqtedar Khan**. Vor diesem Hintergrund erscheint es beiden auch sinnvoll der Hamas (genügend) Zeit für einen das Gesicht wahrenen Rückzug von ihren momentanen Extrempositionen in der Charta zu gewähren. Vorschnelle Drohungen mit Sympathie- bzw. Geldentzug könnten schnell so aussehen, als wollten die Geberstaaten gerade jene bestrafen, die dem Ruf nach mehr Demokratie und politischer Beteiligung an der politischen Willensbildung gefolgt seien und dabei Hamas gewählt hätten. Dem entgegenzuhalten, Hamas hätte mit dieser Charta eigentlich von der Wahl ausgeschlossen werden müssen, bedingen einen Verfassungskonsens, den es in dieser Form in den palästinensischen Gebieten bis heute nicht gebe. Eine Friedenslösung erscheint schließlich immer nur dann dauerhaft, wenn sie alle politischen Strömungen beider Konfliktparteien umfasse, liberale und konservative auf der einen, sowie säkulare und religiöse auf der anderen Seite.

### **Beurteilung der politischen Äußerungen zum Wahlerfolg von Hamas**

Der generelle Tenor, wenn man einen solchen aus der Vielzahl der zum Teil und je nach politischem Standort recht unterschiedlichen politischen Stellungnahmen in Ägypten überhaupt kondensieren kann, ist der, dass man dem überraschend klaren Wahlsieger der palästinensischen Parlamentswahlen erst einmal eine Chance geben sollte, dieses wohl auch für ihn überraschend klare Wahlergebnis zu verarbeiten. Die allermeisten Kommentatoren sind der Meinung, man solle dem Wahlsieger Zeit geben, erste eigene d.h. intern abgestimmte politische Positionen zu den vielen in diesem Zusammenhang aufgekommenen Fragen bzw. neuen Herausforderungen zu finden. Dies bedarf, angesichts der Tatsache, dass die Organisationsstruktur dieser (politischen) Bewegung sehr zersplittert ist (der Hamasführer Khaled Meshaal residiert in Damaskus) sicherlich einiger Zeit, die man der Hamas zugestehen sollte.

Wichtig erscheint zudem, dass man in Zusammenhang mit diesen Wahlen zuerst einmal anerkennt, dass diese die vielleicht erste, wirklich demokratische Wahl in einem arabischen Land war (vielleicht zusammen mit der in Irak). Bei aller Überraschung sollte man nicht vergessen, den Charakter dieser Wahlen zu loben und zur Kenntnis zu nehmen, dass bei einer Wahlbeteiligung von mehr als 70% bewiesen worden ist, dass die palästinensische Bevölkerung sich durchaus an der politischen Willensbildung beteiligt und die existierende Korruption der palästinensischen Autonomiebehörde nicht mehr länger hinzunehmen beabsichtigt. Viele glauben ohnehin, dass der Wahlausgang weniger als ein Votum für die (außen-) politischen Überzeugungen der Hamas als vielmehr ein Misstrauensvotum gegen die Fatahgeführte palästinensische Regierung zu werten sei. Diese habe über Jahre nicht nur versäumt das Demokratieversprechen einzulösen und (zu) wenig für die Verbesserung des Lebensstandards der Bevölkerung getan, sondern sie habe stattdessen den (militarisierten) Staatsapparat aufgebläht und dabei eigene Klientelstrukturen bevorzugt. In gewisser Weise ernte Abbas' Fatah jetzt die Kritik an einer Autonomiebehörde, die lange vom politischen Willen Yasser Arafats abhängig war, wobei dieser es verständlicherweise immer wieder unter fadenscheinigen Vorwänden vermieden hatte, seine Politik dem Wähler zur Abstimmung zu stellen.



Bei allem Entsetzen, den diese Wahlentscheidung vor allem in Europa hervorgerufen hat, sollte man zur Kenntnis nehmen, dass in den beiden einzigen, als demokratisch zu charakterisierenden Wahlen in der Region (Irak, Palästina) islamische Kräfte einen überwältigenden Sieg errungen haben. Es spricht vieles dafür, dass solche Wahlergebnisse auch in Ländern wie Ägypten, Algerien und Tunesien zu erwarten wären, würden dort wirklich freie Wahlen stattfinden. Die letzten Wahlen in Ägypten haben gezeigt, dass selbst in unfreien Wahlen die Vertreter der ägyptischen Moslembrüder große Erfolge erringen konnten und man sich deshalb jetzt noch stärker mit der Frage auseinandersetzen muss, inwieweit islamische, politische Bewegungen wie Hamas in der Lage bzw. bereit sind, realpolitisch zu agieren und sich dabei von alten Slogans zu trennen, wenn sie Regierungsverantwortung übernehmen müssen. Zur Beantwortung dieser Frage mag der Wahlerfolg der Hamas bzw. das weitere politische Geschehen in den palästinensischen Gebieten (und im Irak) nützliche Hinweise geben. Einer Klärung dieser Frage wird man auf Dauer nicht aus dem Weg gehen können und deshalb erscheint eine Regierungsbeteiligung bzw. ev. sogar eine Regierungsführung durch Hamas eine günstige Gelegenheit, in einem begrenzten Territorium einen Eindruck von der Beantwortung dieser Frage zu bekommen.

Im Falle einer ersten bedeutenden Regierungsbeteiligung einer explizit, islamischen Partei (Hizbollah -die Partei Gottes- ist zwar an der libanesischen Regierung beteiligt, aber nicht bestimmend) wird sich dann (dem Wähler) auch zeigen, was eine solche Partei wirklich bewegen kann. Zurecht wird darauf verwiesen, dass die Ausgangslage dabei gerade für Hamas nicht einfach sei, schließlich hinge vor allen Dingen das Kerngebiet Gaza infrastrukturell (Wasser, Gas Elektrizität) vollkommen von Israel ab und es ist kaum denkbar, dass Israel auf längere Sicht bereit sein wird, die Kooperation mit einer von Hamas geführten palästinensischen Autonomiebehörde aufrechtzuerhalten, wenn Hamas sich nicht bereit zeigt, die israelische Regierung als Kooperationspartner anzuerkennen mit dem man Vereinbarungen treffen könne. Sollte sich Hamas dieser Einsicht in die Realitäten beugen, was viele erwarten, wäre ein großer Schritt in Richtung „Säkularisierung“ einer islamischen politischen Bewegung getan. Sollte dies jedoch nicht geschehen, würde (nicht nur) dem palästinensischen Wähler schnell klar werden, dass seine (zukünftige) Stimmabgabe die weitere politische Isolierung und materielle Verarmung weiter Bevölkerungskreise und sicher gerade nicht die Entstehung eines unabhängigen Palästinenserstaates an der Seite Israels bedeuten könnte.

Bis all diese Fragen geklärt werden (können) muss man zwar von der existierenden Hamas Charter ausgehen, man sollte aber von voreiligen (Ver-) Beurteilungen einer möglichen zukünftigen Politik einer palästinensischen (Koalitions-) Regierung Abstand nehmen. Allerdings habe man durchaus das Recht, ja sogar die Pflicht zur Formulierung klarer Bedingungen an eine weitere (finanzielle) Unterstützung einer zukünftigen palästinensischen Regierung. Da die Hamas zwar der Wahlsieger ist, aber eben noch nicht in der Regierungsverantwortung steht und man damit rechnet, dass diese Regierungsbildung einige Wochen in Anspruch nehmen wird, würde aber eine sofortige, vollständige Einstellung der (finanziellen) Unterstützung dem auch in Zukunft für die Außenbeziehungen verantwortlichen palästinensischen Präsidenten, Mahmoud Abbas (franz. Verfassungsmodell) Schaden und die Verhandlungen zur Bildung einer Koalitionsregierung (mit Fatah) eher belasten. Man sollte nicht den palästinensischen Wähler für seine demokratische Wahlentscheidung sondern -wenn überhaupt- Hamas für eine (zukünftige) nicht kompromissbereite Politik bestrafen wollen.

## **Gründung des Arabischen Parlaments vollzogen**

Am 27.12.2005 fand im Gebäude der Arabischen Liga in Kairo die feierliche Eröffnung des ersten dem Europäischen Parlament nachempfundenen regionalen Arabischen Parlaments statt. Dieses neue Regionalparlament ist ein wichtiges Element des umfassenden Reformpakets, das der Generalsekretär der Arabischen Liga seit einigen Monaten ins Werk setzt. Diese neue parlamentarische Versammlung soll den Arabischen Ländern auf internationaler Ebene in Zukunft noch mehr Gewicht verleihen und der Liga langfristig - ähnlich wie das Europäische Parlament der EU Kommission als demokratischer, legislativer Arm dienen und damit den Strukturen der inzwischen sechzig Jahre alten Arabischen Liga noch mehr Konsistenz und politische Legitimität verleihen.

Die Arabische Liga hat sich sowohl in der internationalen Gemeinschaft als auch unter den Mitgliedern der Organisation selbst über die Jahre keinen guten Ruf erworben und stattdessen andauernd mit den verschiedenartigsten Problemen zu kämpfen gehabt.

Ein wesentlicher Problemfaktor waren immer die Knappheit der finanziellen Mittel bzw. die Unregelmäßigkeit der Überweisungen der Beiträge der Mitgliedstaaten. So soll sich Zahlungsrückstand der Mitgliedsländer im Jahr 2004 nach eigenen Angaben der Arabischen Liga bereits auf insgesamt \$100 Millionen belaufen haben, mit der Folge, dass 200 Projekte der Liga vorübergehend eingestellt bzw. vollständig gestrichen werden mussten. Der Grund für diese für den Generalsekretär höchst unangenehme Lage liegt nicht nur bei den ärmeren Mitgliedsländern, die den Zahlungsforderungen nicht nachkommen (können) sondern auch und vor allem an der wenig zufrieden stellenden Zahlungsmoral vieler reicher Mitgliedsstaaten. Zu häufig ist es in der Vergangenheit zwischen einzelnen Mitgliedstaaten immer wieder zu größeren Uneinigkeiten und Konflikten gekommen, die manche Staatschefs dazu veranlasste Gipfeltreffen demonstrativ fernzubleiben oder andere Gründe vorzuschieben, weshalb sie die Zusammenarbeit mit der Liga verweigerten.

### **Jüngste Reformanstrengungen**

Im letzten Jahr setzten dann allerdings die 22 Mitglieder der Liga erste Reformen in Gang.

Ausgangspunkt war die Überzeugung auch die Arabische Liga müsse, um handlungsfähig zu bleiben, nicht nur den bestehenden Abstimmungsmodus ändern sondern auch weitere strukturelle Maßnahmen ergreifen, um die Liga den neuen demokratischen Herausforderungen der Zeit anzupassen. Vorbildern in Europa folgend zeigte man sich jetzt vermehrt bestrebt die Einrichtung eines „Arabischen Sicherheitsrats“, eines „Arabischen Gerichtshofs“, eines „Höheren Rats für Arabische Kultur“ und eines „Arabischen Parlaments“ ins Auge zu fassen. Auf dem letzten Gipfeltreffen der Arabischen Liga in Algerien wurde als ein erster konkreter Schritt von den anwesenden arabischen Staatsoberhäuptern die Gründung eines Arabischen Parlaments beschlossen.

Am 27.12.2005, knapp neun Monate nach dieser Gipfelkonferenz fand in der Zentrale der Arabischen Liga in Kairo schließlich die feierliche Eröffnung dieses neuen Arabischen Parlaments statt. Als Übergangsparlament soll diese parlamentarische Institution, die als legislative Institution vorläufig unter der Aufsicht der Liga stehen soll, in einem Zeitraum von fünf Jahren realisierbare Pläne entwerfen und Maßnahmen vorschlagen, die zur Herausbildung eines wirklich demokratischen Parlaments und damit zu einer permanenten Institution führen sollen. Seinen Hauptsitz soll dieses Arabische Parlament, das später einmal auch die politische und finanzielle Kontrolle der Arabischen Liga wahrnehmen soll, in Damaskus, Syrien haben und wie der Rat, dem höchsten Organ der Arabischen Liga, voraussichtlich zweimal im Jahr tagen.

Die aus diesen Gründen von manchen Beobachtern auch als „Übergangsparlament“ gekennzeichnete Institution, die vorübergehend noch in Kairo tagen wird, besteht jetzt aus insgesamt 88 Mitgliedern. Aus jedem der 22 Mitgliedsländern werden von den jeweiligen

Regierungen jeweils vier Abgeordnete aus den nationalen Parlamenten oder, wie im Falle Saudi Arabien oder den Vereinigten Arabischen Emiraten, wo es (noch) keine gewählten Parlamente gibt, aus den entsprechenden „konsultativen Räten“ auf fünf Jahre nominiert. Zum offiziellen Sprecher des Arabischen Parlaments wurde Muhammad Jassem al-Saqr, Vorsitzender des Außenpolitischen Ausschusses des kuwaitischen Parlaments gewählt. Seine Amtszeit beträgt vorläufig fünf Jahre. Das zukünftige (permanente) Arabische Parlament soll später voraussichtlich die gleiche Organisationsstruktur aufweisen wie das jetzige Interimparlament, allerdings auf lange Sicht über direkt vom Volk gewählte Abgeordnete verfügen. Unter den Abgeordneten befinden sich heute bereits zehn Frauen.

Das Interimparlament soll in den nächsten Jahren wie gesagt Vorschläge ausarbeiten, die die Institutionalisierung des permanenten Arabischen Parlaments voranbringen sollen. Momentan verfügt das Übergangsparlament über keinerlei bindende legislative Befugnisse und ist nur aufgerufen, Stellungnahmen zu ihr vorgelegten Sachverhalten zu erarbeiten, die dann dem Rat der Arabischen Liga, der wiederum die Regierungen der Mitgliedstaaten repräsentiert, zur Diskussion vorgelegt werden. Später soll das Arabische Parlament, so die hoffnungsvolle Vision, ein eigenständiges, von den Völkern der Mitgliedstaaten frei gewähltes Gesetzgebungsorgan werden, durchaus vergleichbar dem Europäischen Parlament. Aber auch das permanente Arabische Parlament wird zunächst nur begrenzte Rechte haben. Bis heute allerdings darf es lediglich über Themen, die das gemeinsame arabische Handeln betreffen, diskutieren und entsprechenden Handlungsempfehlungen aussprechen.

### **Stimmen und Reaktionen**

Aus den Reihen der Mitgliedstaaten der Arabischen Liga sind, trotz der bisher eher beschränkten Machtbefugnisse der Institution dennoch euphorische Stimmen zu vernehmen. Der ägyptischen Präsident Hosni Mubarak nannte die Eröffnungssitzung eine historische Begebenheit, die dem gemeinsamen arabischen Handeln neue Horizonte eröffne. Das neue Parlament, so Mubarak, sei dabei auch und vor allem Ausdruck des Bestrebens der arabischen Völker nach mehr Demokratie. Es sei Ausdruck der Visionen und Ambitionen der arabischen Länder, stärke zudem die noch in den Kinderschuhen befindliche Kooperation zwischen den arabischen Parlamenten und schule die Vertreter der verschiedenen arabischen Parlamente in der politischen Auseinandersetzung mit regionalen Sachverhalten. Des Weiteren legte der ägyptische Präsident den Abgeordneten des Übergangsparlaments nahe, die eigene Dialogkultur voranzutreiben, unterschiedliche Meinungen zu respektieren und bei ihrer Arbeit immer die arabische Kultur und Identität zu bewahren.

Aber auch andere arabische Führer äußerten die Hoffnung, dass das neue Arabische Parlament in der Zukunft von großer Bedeutung für die Interaktion mit anderen Weltregionen sein wird. So erhoffte sich der derzeitige Generalsekretär der Arabischen Liga, Amr Mussa, durch das neue Parlament die Verbesserung der Repräsentation der Arabische Staaten in der Weltpolitik wobei er in seiner Rede noch stärker als der ägyptische Präsident, die Bedeutung dieses Parlaments für die Demokratisierung der gesamten Region hervorhob. Er machte deutlich, dass die Schaffung dieses Parlaments aus seiner Sicht der Beweis für das Fortschreiten der Demokratieentwicklung in den arabischen Ländern sei, und das es auf lange Sicht die Funktion eines starken Anwalts für mehr Demokratie in der Arabischen Welt einnehmen werde. Manche, wie der palästinensischer Delegierte Rawhi Fattouh sprachen gar von einer Monitorfunktion des Parlaments für die arabische Exekutive.

Aber auch kritische Stimmen waren bei der Eröffnung des Parlaments zu hören. So wurde gemahnt, dass sich das Parlament nicht auf die Durchführung zeremonieller Handlungen und die Abgabe inhaltsleerer Erklärungen beschränken solle. Auch sehen Beobachter die Gefahr, dass ein solches Parlament zu einer rein konsultativen Institution „degradiert“ werden könnte, vor allem solange es keine bindenden Beschlüsse fassen und sich auch nicht selbst

Diskussionsthemen wählen dürfe. Viele Kritiker bezweifeln, dass sich Staaten bereit zeigen werden, diesem Parlament schon bald mehr Gesetzgebungskompetenz zu gewähren.

Den meisten Beobachtern war dabei natürlich klar, dass das Parlament ohne eine demokratische Legitimation wohl weder einen direkten noch einen indirekten Einfluss auf die politischen Entscheidungen bzw. Handlungen der beteiligten arabischen Regierungen ausüben werde. Neben der begrenzten Kompetenzzuweisung rief auch die Zusammensetzung des Parlaments Skepsis hervor. Solange Länder wie Saudi Arabien und die Emirate noch über ein gar kein vom Volk gewähltes Parlament verfügen und in anderen gewählten Parlamenten oft einzelne Staatsparteien dominieren, die selbst in ihren eigenen nationalen Parlamenten wenig Interesse bzw. wenige Möglichkeiten sehen ihre eigene Exekutive zu kontrollieren, solange wird auch das neue Arabische Parlament weit davon entfernt sein, solche Kontrollfunktionen wahrnehmen zu können.

Viele befürchten, dass dieses Parlament eher dazu tendieren werde, Regierungsinteressen zu vertreten als die Demokratieentwicklung voranzubringen. Solange die Mehrheit der Delegierten dieses Arabischen Parlaments aus zumindest regierungsnahen Parteien kommen und in den arabischen Ländern selbst keine umfassenden demokratischen Reformen durchgeführt werden, werden auch diesem Parlament die Hände bezüglich demokratischer Reformvorhaben weitgehend gebunden sein.

Dennoch erscheint nicht wenigen die Institutionalisierung ein Zeichen für den wachsenden Reformwillen in der Arabischen Welt zumal dieses Parlament ein weiteres Forum für den demokratischen, politischen Dialogs und den friedlichen Austausch von Meinungen bietet. Davon ausgehend, dass in einem solchen Parlament mit der Zeit auch immer mehr bedeutende politische Fragen diskutiert werden, könnte auf lange Sicht dann tatsächlich der von vielen gewünschte Bedeutungszuwachs dieser weiteren demokratischen Instanz in der Arabischen Welt eintreten.